

Niederschrift
über die Sitzung des Psychiatriebeirates
am 20.05.2026

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 13:30 Uhr

Ende: 16:15 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Özgür Aydin

Frau Sonja Bergenthal

Frau Heleen Eva Blondeel

Frau Bernadette Brandtmann bis 15:45 Uhr

Frau Daniela Brandtner

Frau Gabriele Braum

Frau Andrea Dammann

Frau Dilek Dogan-Alagöz

Herr Frank Gauls

Frau Beate Graul

Frau Carmen Hammer

Herr Jens Georg Köhler

Frau Anke Lesner ab 13:40 Uhr bis 16:08 Uhr

Herr Boris Niemann

Herr Udo Pohle

Frau Nicola Steininger

Frau Annegret Storp

Herr Ilja Trojan bis 15:30 Uhr

Gäste

Frau Bahar Saradjuk
Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie
am EvKB zu TOP 5.1

Verwaltung

Herr Fabian Möller

Herrn Marco Nitschke

Büro für Sozialplanung zu TOP 13 und 14

Gesundheits-, Veterinär- und

Lebensmittelüberwachungsamt zu TOP 5

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Aydin begrüßt die Anwesenden zur 3. Sitzung.

Er erläutert, dass die Angehörigen von Menschen mit psychischer bzw. Suchterkrankung in Bielefeld gemäß der Satzung des Psychiatriebeirates zwei Delegierte stellen können und dass das Vorschlagsrecht aktuell beim Vorstand des Psychiatriebeirates liege. Auf Initiative von Herrn Pohle habe sich Frau Ferdinande Altmiks zur Mitarbeit im Psychiatriebeirat bereit erklärt. Sie sei zur heutigen Sitzung eingeladen worden. Vorsitzender Herr Aydin bittet Frau Altmiks, sich kurz vorzustellen. Frau Altmiks teilt mit, sie sei Mutter eines 40-jährigen psychisch erkrankten Sohnes, befinde sich im Ruhestand und verfüge über die zeitlichen Kapazitäten, um die Aufgabe zu übernehmen. Was diese im Einzelnen bedeute, werde sich für sie im weiteren Verlauf erschließen.

Die Mitglieder des Psychiatriebeirates sind mit dem Vorschlag des Vorstandes einverstanden, dem Sozial- und Gesundheitsausschuss die Benennung von Frau Altmiks als zweite Delegierte der Angehörigen von Menschen mit psychischer bzw. Suchterkrankung in Bielefeld zu empfehlen.

Anschließend erklärt Vorsitzender Herr Aydin, die Stadt Bielefeld teste ein KI-Portal zur Protokollerstellung und wolle die Audioaufzeichnung der heutigen Sitzung verwenden. Die Anwesenden haben keinen Einwand gegen die einmalige Verwendung der Audiodatei.

Vorsitzender Herr Aydin stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er erläutert zur Tagesordnung, dass Frau Saradjuk darum bitte, TOP 5.1 vorzuziehen, dem werde entsprochen. Anstelle von Herrn Busse-Bekemeier übernehme Herr Nitschke die Berichterstattung zu TOP 5.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Psychiatriebeirates am 11.03.2026 (2. Sitzung)

Beschluss:

Die Niederschrift über die Konstituierende Sitzung des Psychiatriebeirates am 11.03.2026 (2. Sitzung) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 3 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 4 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 5 Zwischenstand Projekt "Psychisch krank im Alter" - mündlicher Bericht

Vorsitzender Herr Aydin begrüßt Herrn Nitschke als Berichterstatter. Seine Präsentation zum Projekt „Psychisch krank im Alter“ wird als **Anlage 3 zu TOP 5** zur Niederschrift im Informationssystem öffentlich zur Verfügung gestellt. Geplant sei eine Abschlussveranstaltung voraussichtlich am 1. Dezember 2026.

Zu Punkt 5.1 Informationen zum AK Gerontopsychiatrie

Vorsitzender Herr Aydin begrüßt Frau Saradjuk als Berichterstatterin. Ihre Präsentation zum Positionspapier der Arbeitsgruppe „Geronto komplex“ wird als **Anlage 1 zu TOP 5.1** zur Niederschrift im Informationssystem öffentlich zur Verfügung gestellt.

Die seit 2023 neu zusammengesetzte Arbeitsgruppe habe zahlreiche Gespräche geführt, um Lösungsansätze zu entwickeln. Im März 2025 habe sie die Problematik unter der Überschrift „Problemanzeigen und Herausforderungen der gerontopsychiatrischen Versorgung“ im Psychiatriebeirat vorgestellt. Ein Jahr später sei jedoch noch nicht viel geschehen, weshalb das Positionspapier erarbeitet worden sei. Frau Saradjuk erläutert anschließend die im Positionspapier niedergelegten Empfehlungen. Sie fasst abschließend zusammen, Bielefeld sei auf die wachsende Zahl komplexer gerontopsychiatrischer Fälle und die Folgen des demografischen Wandels bislang nicht ausreichend vorbereitet. Die Versorgungslücke sei konkret sichtbar und belaste Kliniken, Pflege, Betroffene und Angehörige. Erforderlich sei daher eine abgestimmte kommunale und landespolitische Lösung mit dem Ziel einer tragfähigen, vernetzten und menschenwürdigen Versorgung.

Vorsitzender Herr Aydin dankt Frau Saradjuk für die detaillierte Darstellung und eröffnet die Aussprache.

Frau Brandtner meint, die geschilderte Problemlage sei in vergleichbarer Weise auch in der Allgemeinpsychiatrie festzustellen. Insbesondere betreffe dies Patientinnen und Patienten mit herausforderndem Verhalten sowie komplexem Behandlungs- und Versorgungsbedarf. Sie wünscht eine zahlenbasierte Einordnung, welche Frau Saradjuk in ihrer folgenden Präsentation vornehmen möchte.

Frau Dogan-Alagöz fragt, wie viele Personen mit internationaler Familiengeschichte behandelt würden und ob diese in die vorgelegte Statistik aufgenommen worden seien.

Frau Saradjuk antwortet, diese Personen seien in den Daten berücksichtigt. Ihr Anteil sei bislang nicht sehr hoch, nehme in den vergangenen Jahren jedoch zu.

Herr Köhler regt an, zu prüfen, inwieweit eine fachärztliche Versorgung durch eine gerontopsychiatrische Ambulanz in Altenheimen dazu beitragen könne, ungünstige oder negative Krankheitsverläufe zu verhindern. Er verstehe eine psychiatrische Ambulanz im Sinne einer vernetzten Versorgung und funktionierender Übergänge. Sie könne die Entlassung aus dem stationären Bereich erleichtern, indem eine ambulante Weiterbehandlung sichergestellt sei.

Frau Saradjuk schließt eine weitere Präsentation zur Frage „Erfahren ältere Menschen mit psychischen Erkrankungen eine gleichwertige Berücksichtigung in unserem Gesundheitssystem?“ an, die als **Anlage 2 zu TOP 5.1 1** zur Niederschrift im Informationssystem öffentlich zur Verfügung gestellt wird.

Frau Saradjuk fordert, die Gerontopsychiatrie in Bielefeld als festen Teil der Psychiatrieplanung zu verankern. Die Versorgung älterer Menschen dürfe nicht auf Demenz und Pflege reduziert werden; ambulante, teilstationäre und stationäre Angebote seien alterssensibel zu entwickeln. In Ihren Augen müssten die gerontopsychiatrische Krisenhilfe und die aufsuchenden Hilfen gestärkt und die Übergänge zwischen Psychiatrie, Geriatrie, Hausarzt, Eingliederungshilfe, Pflege, Kommune und Teilhabe verbindlicher gestaltet werden.

Frau Lesner ergänzt, aus Projekten zu Gewalt im Alter und Trauma wisse sie, dass ab einem bestimmten Alter fast ausschließlich gerontopsychiatrische Diagnosen vergeben würden und Lebensgeschichte in den Hintergrund trete

-.-.-

Zu Punkt 6

Auswirkungen auf die psychotherapeutische Versorgung durch Kürzung der Vergütung ambulanter Psychotherapie und Budgetierung durch geplantes GKV -Beitragsstabilisierungsgesetz

Zu diesem Tagesordnungspunkt berichten Frau Brandtner für die APP und Frau Brandtmann für die KJP OWL. Die Präsentation wird als **Anlage 4 zu TOP 6** zur Niederschrift im Informationssystem öffentlich zur Verfügung gestellt.

Ziel des Vortrags sei es, über die aktuelle Situation aufzuklären und die zu erwartenden negativen Auswirkungen auf die psychotherapeutische Versorgung darzustellen. Die Vergütungskürzung sei zum 01.04.2026 umgesetzt worden.

Frau Brandtner erläutert die im Entwurf des GKV-Beitragsstabilisierungsgesetzes vorgesehenen weiteren Maßnahmen, die die Psychotherapie betreffen. Dies sei erstens die Aufhebung der extrabudgetären Vergütung und die Einbeziehung psychotherapeutischer Leistungen in die morbiditätsbedingte Gesamtvergütung. Zweitens sei der Wegfall der Zuschläge für Kurzzeittherapie vorgesehen, die bislang als Anreiz für ein verstärktes Angebot dieser Leistungen gedient hätten.

Frau Brandtmann stellt die möglichen Auswirkungen für Bielefeld, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie, dar. Sie hebt hervor, Einsparungen im Gesundheitsbereich würden mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verlagerung der Folgekosten in andere Bereiche führen, insbesondere in die Jugendhilfe, Sozialhilfe und auch in die Wirtschaft durch zunehmende Arbeitsausfälle infolge psychischer Erkrankungen. Zum Schluss erläutert Frau Brandtner mögliche Ansatzpunkte, um die Folgen in Bielefeld abzumildern.

-.-.-

Zu Punkt 7

Neubesetzung des Vergabegremiums für die Verteilung von Projektmitteln aus dem „Teilhabe Fonds“

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1281/2025-2030

- Der Psychiatriebeirat nimmt den von der Beschlussvorlage mit der Drs.-Nr. 1281/2025-2030 abweichenden Beschluss des Sozial- und Gesundheitsausschusses zur **Kenntnis**. -

-.-.-

Zu Punkt 8

Priorisierung der Themen und Ziele des Psychiatriebeirates - Fragestellungen und Arbeitsgruppen

Vorsitzender Herr Aydin erinnert daran, dass in der vorangegangenen Sitzung Themen gesammelt worden seien, die von Frau Bergenthal in unterschiedliche Themenfelder zusammengefasst worden seien. Sie habe Vorschläge erarbeitet, wie mit diesen Themen im Psychiatriebeirat umgegangen werden könne. Da dem Gremium zudem einige neue Mitglieder angehörten, halte er es für sinnvoll, dass Frau Bergenthal als Geschäftsführerin des Psychiatriebeirates zunächst die Funktionen und Aufgaben des Psychiatriebeirates vorstelle.

Die von Frau Bergenthal verwendete Präsentation wird als „**Anlage 5 zu TOP_8 Themen und Ziele**“ zur Niederschrift im Informationssystem öffentlich zur Verfügung gestellt.

Unter Verweis auf die Satzung hebt Frau Bergenthal hervor, der Psychiatriebeirat berate und unterstütze Rat, Ausschüsse und Verwaltung. Er spreche Stellungnahmen und Empfehlungen aus und stelle Anträge, wobei das Ziel stets in der bedarfsgerechten Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung liege. Somit nutze der Rat der Stadt Bielefeld die im Psychiatriebeirat vorhandene Expertise, damit Fach- und Betroffenenwissen in politische Entscheidungen einfließe. Frau Bergenthal appelliert, diese Funktion des Beirats zu beachten und keine Doppelstruktur neben bereits bestehenden Gremien wie der PSAG oder dem GPV aufzubauen. Im Psychiatriebeirat gehe es nicht um operative Abstimmung oder reinen Informationsaustausch, sondern um strategische Beratung.

Frau Bergenthal erläutert, der Vorstand habe die von den Mitgliedern in der letzten Sitzung benannten Themen erneut gesichtet und gebündelt. Insgesamt seien 25 Themen genannt worden. Bei jedem Thema sei geprüft worden, wie es so behandelt werden könne, dass es zu den Aufgaben des Gremiums passe. Über das weitere Vorgehen werde gemeinsam entschieden.

Frau Bergenthal stellt die sechs Cluster vor:

- Kinder- und Jugendpsychiatrie
- rechtliche Rahmenbedingungen und Steuerung
- ambulante Versorgung Erwachsener
- Schutz, Recht und Beschwerde
- besondere Zielgruppen und Teilhabe
- Recovery und Dialog

Zu jedem Cluster stellt sie einen Bearbeitungsvorschlag vor:

- (ständige) Arbeitsgruppe
- Platzierung des Themas im lokalem Steuerungs- und Planungsgremium - LSP (bisher „Regionalplanungskonferenz - RPK“)
- Jährlicher Querschnittsbericht und/oder strategischer Impuls

Vorsitzender Herr Aydin dankt für die Vorstellung der Themensammlung und der möglichen weiteren Vorgehensweise. Da in dieser Sitzung sieben Personen fehlten und er deren Mitwirkung ermöglichen wolle, schlägt er vor, dass sich an Mitarbeit Interessierte beim Vorstand oder Frau Zimmermann melden könnten.

Die Nachfrage von Herrn Pohle zur konkreten Ausgestaltung einer Arbeitsgruppe beantworten Vorsitzender Herr Aydin und Frau Bergenthal: jedes Mitglied könne teilnehmen, die Häufigkeit der Treffen bleibe der jeweiligen Gruppe überlassen, Räumlichkeiten könnten gegebenenfalls von der Stadtverwaltung organisiert werden, es würde für die Tätigkeit in den Arbeitsgruppen kein Sitzungsgeld gezahlt.

Anschließend geht Frau Bergenthal näher auf die Regionalplanungskonferenz (neu: LSP) ein. Der Begriff „Regionalplanungskonferenz“ werde durch „LSP - lokales Steuerungs- und Planungsgremium“ ersetzt.

In Bielefeld gebe es bislang jeweils eine Veranstaltung für die Zielgruppen der Menschen mit längerfristiger psychischer Erkrankung bzw. Suchterkrankung (seelische Behinderung) sowie besonderen sozialen Schwierigkeiten und eine zweite für Menschen mit geistiger, körperlicher und Sinnesbehinderung, die Ihr Kollege Fabian Möller betreue.

Bei Herrn Möller sei das Projekt „Quartier Inklusiv“ angesiedelt, mit dem Ziel, die Sozialplanung der Stadt Bielefeld und des LWL zu synchronisieren. Im Rahmen des Projektes seien zunächst wichtige Lebensbereiche identifiziert worden, in denen Sozialplanung erforderlich sei, insbesondere Wohnen, medizinische Versorgung und Mobilität. Nun habe der LWL angefragt, ob sich der Psychiatriebeirat in diesem Jahr eine zusätzliche Veranstaltung zum Handlungsfeld Wohnen (bei jungen Erwachsenen) vorstellen könne. In ihr solle ein Top-down-Prozess erprobt werden, um planerische Impulse des Beirats zu erarbeiten.

Frau Bergenthal nennt den 01.07.2026 als Termin für die LSP. Eine Abfrage für die Vorbereitung dieser LSP und zur weiteren Bearbeitung der Themencluster des Psychiatriebeirates werde in Kürze per Mail erfolgen.

Hinweis der Schriftführung:

Mail vom Mittwoch, 27.05.2026, 16:03 Uhr mit der Abfrage an alle Mitglieder des Psychiatriebeirates

-.-.-

Zu Punkt 9

Recovery College Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1287/2025-2030

Frau Bergenthal berichtet zum Recovery College. Insbesondere aus Großbritannien lägen zahlreiche Studien vor, welche positive Effekte auf Wohlbefinden, Selbstwirksamkeit und Gesundheitskompetenz zeigten.

Frau Bergenthal erläutert die Struktur und die Entstehungsgeschichte des Recovery College. Die Interessengemeinschaft Recovery College sei 2023/2024 gegründet worden und habe sich aus Peers, also Menschen mit eigener Erfahrung, sowie Fachkräften zusammengesetzt. Initiiert worden sei sie durch den Gemeindepsychiatrischen Verbund Bielefeld e. V., der das Recovery College auch heute noch unterstütze. Keimzelle des heutigen Angebots sei die Eröffnung des „Metal Health Café“, das über den Teilhabefonds der Stadt Bielefeld gefördert worden sei und weiterhin im Zwei-Wochen-Rhythmus samstags in der Beckhausstraße stattfinde. Aus diesem Angebot habe sich die Weiterentwicklung in Richtung eines Recovery College ergeben. Zusätzliche Dynamik habe das Projekt durch eine Förderung der Aktion Mensch aus dem Programm „Viel vor“ sowie durch den Aufbau einer Regiegruppe erhalten. Diese Regiegruppe treffe sich weiterhin alle zwei Wochen und befasse sich mit dem Programm, der Webseite, der Öffentlichkeitsarbeit, den Finanzen und weiteren Themen.

Frau Bergenthal benennt als nächste Schritte insbesondere die Sicherung einer Finanzierung, die Etablierung als anerkannte Bildungseinrichtung in Bielefeld, die Gewinnung weiterer Kooperationspartner wie etwa Kliniken und Schulen sowie gegebenenfalls die Gründung eines Trägersvereins, da das Recovery College bislang über keine eigene Rechtsform verfüge. Darüber hinaus werde angestrebt, das Angebot als „Discovery College“ auf Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 27 Jahren auszuweiten.

- Der Psychiatriebeirat nimmt die Informationsvorlage mit der Drs.-Nr. 1287/2025-2030 zur **Kenntnis**. -

Zu Punkt 10

Angebote der (dauerhaften) Wohnungsversorgung für wohnungslose Menschen in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1045/2025-2030

- Der Psychiatriebeirat nimmt die Informationsvorlage mit der Drs.-Nr. 1045/2025-2030 zur Kenntnis. -

Zu Punkt 11

Landesrahmenvertrag SGB XII - Fachberatung und Prävention für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1262/2025-2030

- Der Psychiatriebeirat nimmt die Informationsvorlage mit der Drs.-Nr. 1262/2025-2030 zur Kenntnis. -

Zu Punkt 12

BielefeldKompass – das Portal für Begegnung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0889/2025-2030

- Der Psychiatriebeirat nimmt die Informationsvorlage mit der Drs.-Nr. 0889/2025-2030 zur Kenntnis. -

Zu Punkt 13

Interne Anlaufstelle Leichte Sprache

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1190/2025-2030

Es gibt hierzu keine Fragen oder Anmerkungen.

- Der Psychiatriebeirat nimmt die Informationsvorlage mit der Drs.-Nr. 1190/2025-2030 zur Kenntnis. -

Zu Punkt 14

Abschlussbericht Projekt Suchthilfe für Menschen mit Kognitiven Beeinträchtigungen

Hinweis der Schriftführung:

Dieser TOP wurde nach TOP 9 und vor TOP 10 behandelt.

Vorsitzender Herr Aydin begrüßt Herrn Möller als Berichterstatter.

Unter Verweis auf die vorliegende Mitteilung gibt Herr Möller einen Ausblick auf die weitere Entwicklung des im Zuge des Projektes gegründeten Netzwerks zwischen Eingliederungshilfe und Suchtberatung. Das Netzwerk arbeite künftig rollierend mit jährlich wechselnder Organisation der Treffen. Herr Möller führt aus, dass für das Jahr 2026 sein Kollege Felix Heckersdorf in seiner Funktion als Suchthilfeplaner sowie er selbst als Koordinator der Behindertenhilfe der Stadt Bielefeld die Durchführung der Netzwerktreffen übernommen

hätten.

Im ersten Treffen im April sei u. a. die Durchführung einer breit angelegten Umfrage unter Betroffenen in besonderen Wohnformen oder mit ambulanter Unterstützung diskutiert worden, um partizipativ Problemlagen und Wünsche zu ermitteln. Die Umfrage solle voraussichtlich im Juni starten; auf ihrer Grundlage werde im zweiten Netzwerktreffen weitergearbeitet, um benannte Bedarfe systematisch aufzugreifen.

Herr Möller berichtet ferner, dass die DROBS zu dem entwickelten Modulkasten zwei kurze Fortbildungen für Träger der Eingliederungshilfe anbiete. Ziel sei es, den Methodenkoffer in der Praxis nutzbar zu machen, damit mit Menschen mit kognitiven Einschränkungen niedrigschwellig über das Thema Sucht gesprochen werden könne. Die beiden Termine fänden am **17. Juni und am 24. Juni** jeweils von 09:30 Uhr bis 11:00 Uhr in der DROBS statt.

Derzeit prüfe das Netzwerk, ob ein trägerübergreifendes Angebot für erwachsene Menschen mit kognitiven Einschränkungen geschaffen werden könne, das einen niedrigschwelligen Austausch zum Thema Sucht ermögliche. Es solle sich dabei ausdrücklich nicht um eine Selbsthilfegruppe handeln, sondern etwa um ein Format wie eine Kochgruppe, in der das Thema begleitend behandelt werde. Herr Möller kündigt an, das Thema in die Fachkonferenz Behindertenhilfe einzubringen. Seiner Ansicht nach sei eine gemeinschaftliche Umsetzung sachgerechter als dass jeder Träger ein solches Angebot isoliert entwickle.

Vorsitzender Herr Aydin nennt zum Abschluss der Sitzung die kommenden Termine:

01.07.2026, 13:30 Uhr: 4. Sitzung des Psychiatriebeirates als LSP zum Handlungsfeld Wohnen (bei jungen Erwachsenen) im Rahmen von „Quartier Inklusiv!“

09.09.2026, 13:30 Uhr: 5. Sitzung des Psychiatriebeirates

25.11.2026, 13:30 Uhr: 6. Sitzung des Psychiatriebeirates

Vorsitzender Herr Aydin schließt die Sitzung um 16:15 Uhr.

gez-

Ö. Aydin
Vorsitzender

gez.

Britta Zimmermann
Schriftführung